



UMWELT-INFO

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

FÜR EINE VERKEHRSWENDE

Der Öffentliche Personennah- und -fernverkehr muss ausgebaut werden und bezahlbar sein



Neben einer Energiewende fordert die DKP eine Verkehrswende für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Analysen zeigen, dass Investitionen in diesen Bereichen die größten Erfolge für einen wirksamen Umwelt- und Klimaschutz bieten. Die Maßnahmen müssen sich an den Interessen der Bevölkerung ausrichten. Mobilität und Energieversorgung sind Grundrechte und gehören in die Öffentliche Hand.

Ziel muss es sein, Menschen und Güter sicher und zuverlässig an verschiedene Orte zu bringen und gleichzeitig das Verkehrsaufkommen, insbesondere den Individualverkehr, zu reduzieren. Das ist möglich, wenn der öffentliche Personennahverkehr gefördert wird und der Gütertransport vom LKW auf die Schiene verlagert wird.

Millionärsteuer statt CO₂-Steuer

Verkehrspolitik war in Deutschland in den letzten 50 Jahren, unabhängig vom Parteibuch der Regierenden, aber eine Auto- und Straßenförderungs politik. Sinnbildlich dafür steht das Dienstwagenprivileg, das abgeschafft werden muss. Das Sagen haben die Automobilkonzerne. Deren Manager verdienen sich eine goldene Nase und haben jahrelang mit krimineller Energie zum Beispiel mit gefälschten Abgaswerten betrogen. Das Umstellen des Individualverkehrs auf Elektroautos bessert die Situation nicht grundsätzlich, sondern sichert erneut die Profite der Autoindustrie.

Bezahlen müssen die Verursacher von Luftverschmutzung und Lärmbelästigung nicht. Die Kosten werden auf die arbeitenden Menschen

Die DKP fordert

- eine Verkehrsreduzierung durch das Ermöglichen kurzer Wege durch wohnortnahe Arbeitsplätze, Versorgung und soziale Infrastruktur
 - ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen und 90 km/h auf Bundesstraßen
 - die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und das Wasser
 - den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
 - die Umwandlung der Deutschen Bahn AG und der privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen in eine einheitliche öffentlich-rechtliche Unternehmensform
 - die Instandsetzung der Schieneninfrastruktur durch ein öffentliches Investitionsprogramm und die Wiederinbetriebnahme und Instandsetzung der stillgelegten Schienen, insbesondere im ländlichen Raum und in Ostdeutschland
 - die Finanzierung des Ausbaus eines ticketfreien öffentlichen Personennah-, Regional- und Fernverkehrs in öffentlicher Trägerschaft
- Ein wirksamer Klimaschutz muss nach Auffassung der DKP aber in Verbindung mit einer Energiewende gesehen werden. Weitere Informationen:

www.energiewende-jetzt.de

abgewälzt – zum Beispiel mit der unsozialen CO₂-Steuer. Die DKP fordert stattdessen eine Millionärssteuer. Die Reichen und die wahren Verursacher der Umweltschäden müssen zahlen!

Mobilität ist ein Grundrecht

Um arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, müssen sich Menschen problemlos von A nach B bewegen können – vor allem auch Menschen mit geringen Einkommen oder mit Bezug von Sozialleistungen. Deshalb geht es nicht, nach der Verteuerung von fossilen Energieträgern zu rufen, um den Verbrauch zu senken, ohne die sozialen Folgen zu berücksichtigen. Reiche haben damit kein Problem, Arme werden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

Wie kann eine nachhaltige und soziale Verkehrswende aussehen?



Wohnortnahe Arbeitsplätze, soziale Infrastruktur wie Kitas und Schulen und Versorgung sind der beste Weg zur Verkehrsreduzierung. Ausschlaggebend ist außerdem ein attraktiver und kostenloser öffentlicher Personenverkehr – nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch auf dem Land. Der ÖPNV muss flächendeckend intensiviert und ausgebaut werden. Ebenso der Personenfernverkehr.

Privatisierungen stoppen

Durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte wurde insbesondere das System Schiene kaputtgespart. Im Interesse des Monopolkapitals wurde der Individualverkehr gefördert, Güter- und Personenverkehr wurden auf die Straße verlagert. Nötig sind stattdessen die Instandsetzung der Schieneninfrastruktur durch ein öffentliches Investitionsprogramm und die Wiederinbetriebnahme und Instandsetzung der stillgelegten etwa 6.500 Streckenkilometer der Schiene insbesondere im ländlichen Raum und in Ostdeutschland.

Die Daseinsvorsorge kann nur gewährleistet werden, wenn sie den Konzernen mit ihren Renditeinteressen entzogen wird. Ebenso wie die Energiekonzerne gehören Unternehmen des Personen- und Güterverkehrs in öffentliche Hand – der Kommunen, der Länder und des Bundes.

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

Wir schreiben dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne:

- Die UZ – Zeitung der DKP – sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **Unsere Zeit**
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 15
E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Angesichts explodierender Energiepreise fordert die DKP einen gesetzlichen Energiepreisstopp, damit Familien im Winter nicht vor der Entscheidung stehen, ob sie hungern oder frieren müssen. Mit Ihrer Unterschrift können Sie die Kampagne unterstützen.

Ich fordere

- einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise.
- Strom- und Gassperren müssen verboten werden und Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen einen Energiezuschlag erhalten.
- Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand.

Vorname, Nachname _____

Adresse _____

Unterschrift _____

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Zurück an: **DKP-Parteivorstand**
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
E-Mail: pv@dkp.de

dkp.de